

Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft,



Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die Sachsen-Zeitung erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in den Geschäftsstellen und Ausgabestellen 2.— Mark im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2.30 Mark, bei Bekleidungsgebühren, Einzelnummern 10 Pfennig. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6

Abonnementpreis: Die 3-spaltige Anzeigenzeile 20 Goldpfennig, die 2-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 1-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 20 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6

Nr. 87 — 83. Jahrgang.

Verl.-Büro: „Sachsen-Zeitung“

Wilsdruff-Dresden.

Vertriebs: Dresden 2610

Freitag 11. April 1924

Ueberreichung des Sachverständigengutachtens

Wiederherstellung der deutschen Wirtschafts- und Finanzhoheit — Keine Sanktionen — Steigende Zahlungen — Goldnotenbank — Die Reichsbahn — Belastung der Industrie — Sachleistungen

An die Reparationskommission!

Paris, 9. April.

Der Bericht der Sachverständigen, der heute vormittag 10 Uhr der Reparationskommission unterbreitet wurde, besteht aus einem Begleitschreiben des Generals Dawes, aus einem Inhaltsverzeichnis, dem eigentlichen Bericht, sowie neun Anhängen. Der eigentliche Bericht ist in zwei Teile geteilt und umfasst 57 Seiten. In den Anhängen werden folgende Fragen behandelt: die Organisation der neuen Emissionsbank, der Wohlstandsindex, der Bericht der Eisenbahnsachverständigen, die neue Eisenbahngesellschaft, die Industrieobligationen, die Überführung von Reparationszahlungen deutscher Währung in fremde Währungen, die in Deutschland zirkulierenden Geldsorten, das provisorische Budget für 1924 und eine vergleichende Aufstellung der verschiedenen Einnahmen aus Dividenden. Die wichtigsten Kapitel des Gutachtens sind diejenigen über die Notwendigkeit der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit des deutschen Gebietes und über die Schaffung einer neuen Emissionsbank, die auf der bestehenden Reichsbank aufgebaut oder neugeschaffen werden könne. Von besonderer Bedeutung sind das Kapitel über die Schaffung einer privaten Eisenbahngesellschaft und die Feststellungen über die Höhe der jährlichen Belastung Deutschlands auf Grund der Reparationsverpflichtungen. In den Beträgen, die für die einzelnen Jahre vorgesehen sind, sind alle Leistungen einbezogen, die Deutschland auf Grund des Versailles Vertrags auszuführen hat.

Dawes' Begleitschreiben.

In dem Begleitschreiben des amerikanischen Vorsitzenden Dawes des ersten Ausschusses heißt es im Eingang, das Sachverständigenkomitee habe einstimmig einen Bericht angenommen über die Mittel, den Staat Deutschlands ins Gleichgewicht zu bringen, und über die zweckmäßige Stabilisierung seiner Währung zu ergreifenden Maßnahmen. Es wird dann weiter ausgeführt, das Komitee gründe seine Pläne auf die Grundlage der Gerechtigkeit, der Billigkeit und des wechselseitigen Interesses, an deren Vorherrschaft nicht nur die Gläubiger Deutschlands und Deutschland selbst, sondern die ganze Welt ein vitales und dauerhaftes Interesse haben. Die Vorschläge sollen Mittel bringen zur Förderung der wirtschaftlichen Erholung aller Völker Europas und des Eintrittes in das neue Zeitalter eines nicht vom Kriege bedrohten Glückes und Gedeihens. Da als Ergebnis des Krieges die Gläubiger Deutschlands bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit Steuern zahlen, so muß auch Deutschland von Jahr zu Jahr bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit Steuern zahlen. Die mäßigen Schätzungen der in der nahen Zukunft zu leistenden Zahlungen, welche von einem Seltene geschäftlicher Vorsicht bei der Festlegung der

Grundlagen einer Anleihe

diskutiert worden sind, sollten nicht einen Augenblick lödend wirken auf die Gesamtheit der künftigen Zahlungen, die von Jahr zu Jahr steigen werden. Wenn erst einmal normale wirtschaftliche Verhältnisse und die normale Produktivität Deutschlands wiederhergestellt sein werden, wird man sich überzeugen, daß höchst hoffnungsvolle Schätzungen betreffs der schließlich als erzielbar sich herausstellenden Beträge gerechtfertigt sind. Ohne eine solche Wiederherstellung aber werden die Zahlungen, wie man sie jetzt erzielen kann, von geringem Werte sein, um die dringenden Bedürfnisse der Gläubigerationen zu befriedigen. Große Sorgfalt ist darauf verwendet worden, die Überwachungsbedingungen über die innere Entwicklung Deutschlands so festzulegen, daß sie ein mit gebüdigem Schritt noch erträgliches Minimum an Einkommensdarstellung. Falls angenommen, führt dieser allgemeine Plan seiner Natur nach billige und vernünftige Schritte zu einem dauernden Frieden. Eine etwaige Zurückweisung würde Fortdauer der Demoralisation und des Elends im deutschen Volke bedeuten. Bei ihrer Suche nach der Wahrheit und nach Klarsicht, die zu ihr führen könnten, waren die Sachverständigen nur ihrem eigenen Gewissen verantwortlich. Durch ihren scharfen Blick, durch die Unabhängigkeit ihres Denkens und vor allem durch ihren Geist großen und aufrichtigen Strebens, der sich über die Kleinigkeiten erhebt, über die die Kleinen so oft frandeln, haben meine Kollegen sich dieses Vertrauens würdig erwiesen.

Dawes hofft zum Schluß, daß die Reparationskommission durch den Bericht in die Lage gesetzt wird, ihrer verantwortungsvollen Aufgabe zu genügen.

Inhalt des Berichtes.

Es werden zunächst allgemeine Leitsätze aufgestellt, welche die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit zur unbedingten Voraussetzung haben, da eine Wiederherstellung des inneren und äußeren Kredit Deutschlands nur unter dieser Voraussetzung möglich ist. Es müssen deshalb auch alle Sanktionen, die die wirtschaftliche Produktion hindern, zurückgezogen oder entsprechend geändert werden. Die Sachverständigen betonen, daß sie bestritten gewesen seien, die Lasten so zu gestalten, daß dadurch die Lebenshaltung des deutschen Volkes nicht unter das Niveau der Lebenshaltung in den alliierten und seinen europäischen Nachbarländern herabgedrückt wird. Der gesamte Zahlungsplan ist auf dem Gedanken aufgebaut, die Höchstleistungen festzustellen, die Deutschland jährlich in seiner eigenen Währung zahlen kann. Er sieht davon ab, ein für allemal die Totalbelastung für Deutschland zu fixieren. Er soll deshalb auch nicht eine Lösung des gesamten Reparationsproblems sein, vielmehr nur eine Regelung für eine genügend lange Zeit, um das allgemeine Vertrauen wieder herzustellen.

I. Stabilität der Währung, Notenbank.

Der Bericht fährt aus, daß die durch die Rentenbank erreichte Stabilität nicht die endgültige Regelung darstellen kann. Zur Erreichung einer dauernden Stabilität schlägt der Bericht vor, entweder die Schaffung einer neuen Notenbank in Deutschland oder eine Reorganisation der Reichsbank. Die Möglichkeit der Aufrechterhaltung der Reichsbank ist also vorgesehen. In jedem Falle soll ein einheitliches Währungsgeld in Deutschland geschaffen werden. Die Notenbank soll für die Dauer ihres Notenausgaberechts (50 Jahre) das ausschließliche Notenprivileg haben (jedoch unter Beibehaltung der Privatnotenbanken und voreerst auch der Rentenbank). Alle auf Papiermark lautenden Zahlungsmittel sollen aus dem Verkehr verschwinden. Die neuen Banknoten sollen zu wenigstens einem Drittel mit Gold oder Goldbelegen gedeckt sein, dabei ist im wesentlichen an Guthaben bei ausländischen Banken gedacht. Die Bank soll die Kassensführung für das Reich ausüben. Sie soll auch kurzfristige

Darlehen an das Reich geben, aber die Beträge und die Art dieser Darlehen (höchstens 100 Millionen Mark für längstens drei Monate) sollen im Bankgesetz genau festgesetzt werden. Das Reich soll an den Gewinnen der Bank Anteil haben, die Bank soll aber von jedem Regierungseinfluß frei sein. Die Bank soll ein Kapital von 400 Millionen Goldmark haben, wovon 300 Millionen in Deutschland und im Ausland durch Zeichnungen aufgebracht werden sollen. Sie wird verwaltet von einem deutschen Präsidenten und dem nur aus Deutschen bestehenden Direktorium. — Ein umfangreicher besonderer Nachtrag enthält einen bis ins einzelne detaillierten Plan über die Bank.

II. Die deutsche Reichsbahn.

Aus dem Reichsbahnunternehmen soll eine Aktiengesellschaft gebildet werden. Diese Aktiengesellschaft wird vorweg mit einem Betrage von 11 Milliarden Goldmark erstklassiger Obligationen belastet, die mit 5 % jährlich zu verzinsen und mit 1 % jährlich zu tilgen sind. Die jährliche Leistung von 600 Millionen Goldmark ist in die Reparationsklasse zu bezahlen. In voller Höhe ist diese Zahlung erst vom vierten Jahre ab zu leisten; sie beträgt im ersten Jahre 330, im zweiten 465, im dritten 550 Millionen Goldmark. Das Aktienkapital der Reichsbahngesellschaft von insgesamt 15 Milliarden Goldmark soll in 2 Milliarden Goldmark Vorzugsaktien und 13 Milliarden Goldmark Stammaktien zerfallen. Dem Reiche gehören die gesamten Stammaktien sowie 500 Millionen Goldmark der genannten Vorzugsaktien, während 15 Milliarden Goldmark dieser Vorzugsaktien für die eigenen finanziellen Zwecke der Reichsbahngesellschaft verwendet werden können. Der Generaldirektor der Reichsbahngesellschaft ist deutsch, ebenso der Vorsitzende des Verwaltungsrates. Der Verwaltungsrat besteht im übrigen aus 18 Mitgliedern, von denen je die Hälfte von der deutschen Regierung und von einem Treuhänder der Obligationäre bestellt wird. Von den vom Treuhänder zu bestellenden 9 Mitgliedern sollen 5 Deutsche sein, so daß also im ganzen der Verwaltungsrat aus 14 deutschen und aus 4 nichtdeutschen Mitgliedern besteht. Die Reichsbahngesellschaft soll in ihrer Geschäftsführung vollständig frei sein. Zur Wahrung der Interessen der Obligationäre wird ein besonderer Eisenbahnkommissar bestellt.

Immer wieder der gute Wille der deutschen Regierung.

Dr. Stresemann zur Entscheidung der Sachverständigen.

(Eigener Fernsprechkdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
Berlin, 10. April. Der Berliner Korrespondent der „Chicago Tribune“ hatte Gelegenheit, den Reichsminister Dr. Stresemann in seinem Urteil über die Entscheidung der Sachverständigen zu befragen. Dr. Stresemann erklärt, es würde noch einige Zeit vergehen, bevor die deutsche Regierung ihre Entscheidung treffen könne. Aber sie werde einen guten Willen zeigen, der eine direkte Lösung des Reparationsproblems gewährleisten werde.

Amerikanische Hilfsbereitschaft.

(Eigener Fernsprechkdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
Paris, 10. April. Der amerikanische Sachverständige Young erklärte einem Vertreter des „Ezessor“ u. a.: Amerika könne Europa nur helfen, wenn es sich an den Anleihen und finanziellen Organisationen beteilige. Er habe das feste Vertrauen, daß Amerika die Vorschläge Europas nicht unerwidert lassen werde.

Staatsbankpräsident Löh und die thüringische Regierung.

(Eigener Fernsprechkdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
Weimar, 10. April. Der Führer des Deutsch-völkischen Blocks in Thüringen Dr. Arthur Dinter erklärte, seine Fraktion werde der Regierung das Vertrauen entziehen und erforderlichenfalls dem Landtage die weitere parlamentarische Mitarbeit versagen, falls der Jude Löh nicht unverzüglich von seinem Posten als Staatsbankpräsident verschwinde und ebenso die Regierung die Haftbarmachung der ehemaligen Regierungsglieder Hartmann, Geil und Vielid für den damals gegen Zeichnung des damaligen Ministerpräsidenten Frölich rechtlich ungültigen Anstellungsvertrag, soweit er die gebliebenen Bezüge des Herrn Löh regelt, prozedurmäßig geltend macht. Damit ist die Regierung vor die Alternative gestellt, entweder das Verlangen der Deutsch-völkischen zu erfüllen oder die Konsequenzen zu ziehen.

Enteignung des Großgrundbesitzes in Lettland.

(Eigener Fernsprechkdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
Paris, 10. April. Die Zeitungen melden, daß im lettischen Parlament ein sozialdemokratischer Antrag auf Enteignung des Großgrundbesitzes angenommen worden ist. Wie wir hierzu von zuständiger Stelle erfahren, erstreckt sich dieser Antrag nicht nur auf inländischen Grundbesitz, sondern die lettische Regierung erklärt, diese Maßnahmen auch auf den Ausländern geböhrigen Grundbesitz anzuwenden zu wollen.

Frankreichs Bereitwilligkeit, mit Rußland zu verhandeln.

(Eigener Fernsprechkdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
Paris, 10. April. Der Senat nahm gestern eine Vorlage zur Vereinstellung von 50 Millionen Hilfsgeleber für in Rußland festgehaltene Franzosen an. Poincare erklärte u. a., daß er bereit sei, Verhandlungen mit Rußland hinsichtlich der Ansprüche Frankreichs auf russische Wertpapiere aufzunehmen, sobald sich Rußland dazu bereit erklärte.

Rußland gegen Rumänien.

Paris, 9. März. Dem „Matin“ wird aus Belgrad gemeldet, daß in serbischen Regierungskreisen die Auffassung vorherrscht, daß die Beziehungen zwischen Rumänien und Rußland wegen der beharablichen Frage auf das äußerste gespannt sind. Die polnische, tschecho-slowakische und jugoslawische Regierung haben aus Bukarest Nachrichten erhalten, aus denen hervorgeht, daß die Russen an der beharablichen Grenze kriegerische Vorbereitungen treffen. Ukrainische Freiwillige sollen die Grenze an mehreren Stellen bereits überschritten und rumänische Grenzposten angegriffen haben. In zahlreichen rumänischen Städten ist der Belagerungszustand verhängt worden.

Neuyork und Washington.

(Eigener Fernsprechkdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
Neuyork, 10. April. In amerikanischen Regierungskreisen verlautet, daß die Regierung den Dawesplan unterstützen werde.